

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
No 11

Zeitschrift für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnement: Halbjährlich 1,50 RM, vierteljährlich 1,00 RM, monatlich 1,00 RM. Einzelhefte 10 Pf. Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile und Woche. Fernsprecher No 11. Druck: Druckerei Nagold.

No. 162.

Altensteig, Donnerstag den 9. November.

Jahrgang 1922

## Die Berliner Verhandlungen.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission und den ausländischen Finanzfachverständigen in Berlin sind in das entscheidende Stadium eingetreten. Die nächsten Tage sind von ungeheurer Bedeutung für Deutschland und sein Schicksal. Die Verschlechterung des Marktkurses (Dollar 9000) und die Markflucht hat zu einer Panikstimmung geführt, die schwerste politische und wirtschaftliche Gefahren in sich schließt. Geheuer sind die Reparationsverhandlungen nicht. Dagegen scheinen sie an dem Punkt angelangt zu sein, wo es heißt, Farbe zu bekennen. Die ersten deutschen Vorschläge betrafen die Reparationskommission nicht, weshalb letztere ihre Unzufriedenheit äußerte. Nun arbeitet man an neuen Vorschlägen, die das Reichsfinanzministerium bereits einstimmig beschlossen haben soll. Die amtlichen Berichte sind mehr als dürftig und enthalten über die Vorgänge und den Schriftwechsel rein nichts.

Der Kern der Sache ist eigentlich das Problem der Stützung des Marktkurses durch Reichsbank und die internationale Finanz auf dem Wege der Anleihe, in Form eines internationalen Finanzsyndikats. Bedauerlich ist, daß sich die Gegensätze zwischen dem Kanzler Dr. Brüning und dem Reichsfinanzminister Hermes nicht verbergen lassen. Hermes wird von sozialistischer Seite der Vorwurf gemacht, daß er die Industrieinteressen vertritt und zugleich die Aufhebung des Achtstundentages fordert. Ob das zutrifft, sei dahingestellt. Jedenfalls wird nach Abschluß der Verhandlungen sofort eine Umwidmung der Reichsregierung unter Zugiehung der deutschen Volkspartei eintreten.

Ueber den Gang der bedeutenden Verhandlungen steht im einzelnen folgendes fest:

Auf die am Sonntag übergebene Note der Reichsregierung an die Reparationskommission ist Montag abend dem Reichskanzler eine Antwortnote übermittelt worden, die die Unterzeichneten sämtlicher Mitglieder trägt und, wie versichert wird, auf einstimmigen Beschluß der Reparationskommission zurückzuführen ist.

In ihrer Antwortnote erinnert die Reparationskommission die Reichsregierung an die Versprechungen, die Reichsfinanzminister Dr. Hermes während seiner letzten Verhandlungen in Paris in bezug auf Maßnahmen der deutschen Regierung abgegeben hat, die zu einer Balanzierung des deutschen Budgets führen sollen. Die Reparationskommission ersucht die deutsche Regierung, diese Maßnahmen nunmehr durchzuführen.

Die Reparationskommission stellt in ihrer Antwortnote ferner fest, daß die Reichsregierung in ihren Schreiben keine Vorschläge gemacht habe, aus denen hervorgehe, welche Maßnahmen sie zu treffen gedenke, um eine Stabilisierung der Mark zu erreichen und die schwebende Schuld zu verringern. Die Antwortnote schließt mit dem Ersuchen an die deutsche Regierung, der Reparationskommission alsbald präzise Vorschläge in dieser Richtung mitzuteilen.

Die Reichsregierung hofft, laut „Vol.-Anz.“, die Arbeiten, die durch den letzten Schriftwechsel mit der Wiederherstellungskommission notwendig geworden sind, so rasch fördern zu können, daß sie instande sein wird, noch im Laufe des Mittwochs die von der Wiederherstellungskommission erbetenen näheren Ausführungen ihrer Vorschläge zur Befestigung der Mark überreichen zu können. Eine der Vorbedingungen dazu ist bereits erfüllt worden. Die nach Berlin eingeladenen Sachverständigen, die Professoren Keynes, Cassel, Jenks und Brand, haben der Reichsregierung ein Gutachten erstattet. Die ihnen vorgelegten Fragen gingen bekanntlich dahin, ob unter den gegenwärtigen Umständen eine Befestigung der Mark möglich sei, ferner welche Voraussetzungen geschaffen werden müßten, wenn die erste Frage zu verneinen sei, und drittens, welche Maßnahmen zu treffen seien, sobald diese Voraussetzungen vorliegen, um die Befestigung herbeizuführen. Darüber hinaus wurden insbesondere die in Berlin versammelten Sachverständigen mit der Frage befaßt, ob und in welcher Form die Aufnahme von Bankkrediten zu ermöglichen wäre, und welche Sicherheiten dafür geschaffen werden müßten.

Zusammenfassend läßt sich über den Verlauf der Verhandlungen folgendes sagen: Den Herren wurde Gelegenheit gegeben, in den deutschen Haushalt Einblick zu nehmen, und sich ein Bild davon zu machen, wie die Planauflösung sich unter der Wirkung jedes neuen

Marktkurses herausstellen muß. Der Wiederherstellungsausschuß hat eingesehen, daß an erster Stelle dem Unheil des Marktkurses, danach erst der „Inflation“ und schließlich der Frage der Gesundmachung unseres Haushalts nähergetreten werden muß. Auch die Frage der schwebenden Schulden des Reichs wurde eingehend besprochen. Alle Sachverständigen waren sich darin einig, daß nur durch ein Zusammenwirken unserer eigenen tätigen Kräfte mit der internationalen Finanz eine Lösung versucht werden könne. In dieser Auffassung wurde die Reichsregierung bei ihren viertägigen Verhandlungen mit den fremden Sachverständigen auch nachdrücklich bekräftigt. Sie glaubt ihr umso mehr Rechnung tragen zu müssen, weil die fremden Bankiers, mit denen sie Fühlung genommen hat, ihre Bereitwilligkeit zu tätiger Beteiligung an der Stützungsmäßnahme gemeinsam mit der Deutschen Reichsbank zu erkennen gegeben haben. Dabei fällt noch ins Gewicht, daß diese Finanzmänner hier nicht lediglich als Privatpersonen handeln, sondern im Besitz des Vertrauens ihrer Regierungen sind. Ihre Mitwirkung wäre versichert worden, wenn die Regierung sich für ein einseitiges innerpolitisches Vorgehen entschieden hätte. So gelangte die Regierung zu dem Vorschlag an den Wiedergutmachungsausschuß, unter Mitwirkung der Reichsbank eine Maßnahme für unsere Währung einzuleiten. Die näheren Einzelheiten dieses Vorgehens und die Bedingungen für die Beteiligung des fremden Kapitals müssen natürlich von der Wiedergutmachungskommission festgesetzt werden. Daß dabei nicht ohne die Freigabe gewisser Gläubigerrechte auszukommen sein wird, die durch den Versailler Vertrag der Entschädigungskommission vorbehalten werden, versteht sich von selbst.

Die Antwort, die die Wiedergutmachungskommission in ihrer Note vom Montag gegeben hat, läßt die Möglichkeit weiterer Verhandlungen zu, so daß von einem Abbruch der Verhandlungen bis jetzt nicht gesprochen werden kann. Die Arbeiten gehen vielmehr weiter, und die Reichsregierung hofft, daß sie morgen in einen entscheidenden Abschnitt treten werden. Dabei ist sie sich der großen Schwierigkeiten durchaus bewußt, insbesondere was die Stimmung in Frankreich betrifft. Auch in dieser Hinsicht gibt man sich hier, trotz des Stimmungs-Luberfac-Absommens, gar keiner Täuschung hin. Ebenso weiß man, daß die letzten Ereignisse in England und der Umsturz in Italien unsere Lage eher verschlechtert als verbessert hat, und endlich ist man auch weit davon entfernt, die Hilfsbereitschaft der amerikanischen Wirtschaftskreise zu überschätzen, trotz aller Fortschritte in der Erkenntnis der weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten, die in einzelnen amerikanischen Kreisen zweifellos vorhanden sind. Wenn aber die notwendigen Sicherheiten über die Gewährung von Bankkrediten gefunden werden, müssen sich schließlich nach der Auffassung unserer zuständigen Stellen diese Schwierigkeiten doch noch überwinden lassen. Zu diesen Sicherheiten würde nicht in letzter Reihe auch die Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte des deutschen Volkes unter zielbewusster Führung, an der es allerdings bisher gefehlt hat, gehören.

Die Kohlenverhandlungen der Regierung mit der Reparationskommission haben am ersten Verhandlungstage einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Besprechungen bezogen sich hauptsächlich auf die letzten Vereinbarungen zwischen der Reparationskommission und der Regierung über die Lieferung von Reparationskohle. Nach diesen Abmachungen muß Deutschland monatlich 1 725 000 Tonnen Kohle an die Entente liefern, die zum überwiegenden Teil von den Ruhrbergwerken aufgebracht werden müssen. Nur ein ganz geringer Teil entfällt auf die Bergwerke Deutschlands. In den Vereinbarungen hat sich die Reparationskommission das Recht vorbehalten, für den Fall, daß die deutsche Gesamtproduktion an Ruhrkohle im Monat 8,3 Millionen Tonnen überschreitet, auf 20 Prozent der Gesamtmenge Anspruch zu erheben. Die am Dienstag geführten Verhandlungen nahmen hauptsächlich auf diese Bestimmung Bezug, da die monatliche Förderung an Ruhrkohlen 8,3 Millionen Tonnen übersteigt und die Reparationskommission deshalb zu dem im Monat zu liefernden 1 725 000 Tonnen Kohlen noch weitere 229 000 Tonnen verlangt.

Im Verlauf der Verhandlungen wiesen die deutschen Regierungsvertreter eingehend auf die Zustände hin, in denen sich Deutschland durch die Kohlenlieferungen befindet. Sie betonten namentlich, daß durch die Lieferung der Reparationskohle für Deutschland eine äußerst starke finanzielle Belastung entstehe und daß dadurch die Erfüllung unserer übrigen Verpflichtungen sehr erschwert werde. Deutschland führt bekanntlich viel mehr Kohle ein, als es an die Entente abliefern und muß diese Kohle zu Weltmarktpreisen bezahlen. Ferner ist die Reparationskohle steuerfrei und eine finanzielle Entschädigung wird für sie nicht gewährt, während die Regierung den Bergwerksbesitzern gegenüber natürlich zur Zahlung verpflichtet ist.

Der Vorsitzende der Reparationskommission, Barthou, erklärte zum Schluß der informativen Besprechungen, daß die Kommission ihre Pflichten gemäß dem Versailler Vertrag ausgeübt habe, und daß über die Billigung der deutschen Einwände gegen die geforderten Kohlenlieferungen oder ihre Nichtanerkennung später von Paris aus entschieden werden soll.

Die Parteiführer waren am Dienstag zum Reichskanzler Dr. Brüning zur Information über die Verhandlungen mit der Reparationskommission in die Reichskanzlei geladen. Der Reichskanzler gab einen schriftlichen Bericht über die Verhandlungen, wobei er auch die Ansichten der ausländischen Finanzfachverständigen zur Kenntnis brachte. Eine Besprechung der Mitteilungen des Reichskanzlers fand nicht statt. Die Parteiführer behielten sich infolge dessen ihre Stellungnahme zu den Mitteilungen des Reichskanzlers vor.

## New Yorker Brief.

Die Wahlen zum Kongress, Politik des Abwartens. Amerika als Weltrichter. Die Arbeiter und das Alkoholverbot. Abstinenzzwang und bürgerliche Freiheit.

Die Wahlen zum Kongress, die demnächst vor sich gehen, werfen ihre Schatten voraus. Wie immer, wenn sich in diesem Lande ein Wechsel in der Leitung der Staatsgeschäfte oder auch nur in der Parteigruppierung ankündigt, gerät der Wirtschaftsapparat Amerikas darüber etwas ins Stocken. In diesem Jahre könnte uns eine Verschärfung der Wirtschaftskrise besonders bedenklich werden, da die Arbeitslosigkeit ohnehin bedenkliche Dimensionen angenommen hat. Ihre Ursache ist in erster Linie in der Umstellung der Industrie für den auswärtigen Markt zu suchen. Es gilt neue Absatzgebiete für den verloren gegangenen mitteleuropäischen Markt, der für die Weltwirtschaft kaum noch in Frage kommt, zu erschließen. Ob dies in absehbarer Zeit gelingen wird, bleibt sehr zweifelhaft. Es stellt sich immer mehr heraus, daß Amerika nicht minder als die europäischen Mächte an den Kosten des Versailler Gewaltfriedens zu tragen hat. Die Vereinigten Staaten können daher an ihrer Politik des Abwartens kaum noch länger festhalten. Der Zusammenbruch Mittel- und Osteuropas muß notwendig die gesamte Weltwirtschaft in eine unübersehbare Katastrophe bringen, wenn nicht schnellste Abhilfe geschaffen wird.

Ob die Wahlen, die wahrscheinlich eine starke Regierungsmehrheit bringen werden, die äußere Politik wesentlich beeinflussen werden, bleibt zweifelhaft, da der neue Kongress erst ein Jahr nach erfolgter Wahl zusammentritt. Bis dahin arbeitet die alte Parteimaschine automatisch weiter. Es geht dies zu den Besonderheiten der amerikanischen Verfassung. Parlamentarismus gemildert durch Bürokratie! Auch in Amerika reitet der Amtschimmel immer hübsch langsam. Es ist dies nicht nur eine Besonderheit der alten Länder.

Durch ein Eingreifen in den europäischen Krieg hat Amerika sich als Weltrichter aufgeworfen. Eine Position, deren Tragweite unsere Staatslenker noch immer nicht begriffen haben, sonst könnten sie nicht den verschorenen Zuständen Europas gegenüber eine gewisse Gleichgültigkeit beobachten. Das Problem der Arbeitslosigkeit sollte sie täglich daran erinnern, daß die Weltwirtschaft ein Organismus ist, der sich nicht einseitig von einer Macht dirigieren läßt, an dessen Instandhaltung und Erhaltung alle im gleichen Maße interessiert sind. Ob der neu zu wählende Kongress sich die Lösung dieses Problems angelegen sein lassen wird, ist kaum anzunehmen, da viele innerpolitische Aufgaben der Lösung harren. Nicht zuletzt ist es die Prohibitionsfrage (Verbot des Ausschanks alkoholischer Getränke), die die Deffinitivität nicht zur Ruhe kommen läßt. Es läßt sich schwerlich noch in Abrede stellen, daß das Prohibitionsverbot

in seiner jetzigen Haltung ein glattes Glas erleidet hat. Wenn schon die Durchführungskosten dieses Gesetzes die Summe von 10 Millionen Dollar im Jahr erfordern, so kann man daraus schließen, wie geringer die Sympathie es sich in weiten Volksteilen erfreut. In unserem Nachbarstaat New Jersey besteht es praktisch nur auf dem Papier. Der Schmuggel und die Hausindustrie von alkoholischen Getränken hat dort einen derartigen Umfang angenommen, daß man sich mit Verachtung alle Spirituosen verschaffen kann, die man nur haben will. Es ist nur eine Geldfrage. Die Arbeiter, die nicht jeden Liebhäberpreis bezahlen können, sind die Benachteiligten und die eigentlichen Opfer des Prohibitionsgesetzes. Kein Wunder, daß sie Sturm laufen gegen ein Gesetz, das in seiner praktischen Wirkung die Klaffen gegenüber vertieft. In einer vom Gewerkschaftsbund der Vereinigten Staaten an die Regierung gerichteten Eingabe heißt es unter anderem: „Das Alkoholverbot hat uns nicht frei gemacht vom Alkohol, im Gegenteil, es hat unsere Schicksale untrüber gemacht, denn was wir früher am hellsten Tage lauschen konnten, das muß nun zu fündhaft übertriebenen Preisen im Dunkel der Nacht erschlichen werden.“ Es wird weiter die Freigabe von Bier und Wein gefordert, damit endlich die Gleichheit zwischen allen Einwohnern der Stadt hergestellt werde, denn heute treffe das Verbot einig und allein die Armen, nicht die Reichen. Der nächste Wahlkampf wird daher im Zeichen von Trocken oder Raß stehen. Die abstinenter Zwang, die bürgerliche Freiheit! Zwar haben die großen politischen Parteien die Abschaffung des Prohibitionsgesetzes nicht zu ihrer Programmforderung gemacht, aber innerhalb jeder Partei haben sich Gruppen herausgebildet, die im Einklang mit den Gewerkschaftsforderungen auf eine Revision des Gesetzes zu Gunsten von Bier und Wein hinarbeiten. James G. Slater.

### Die ameril. Wahlen.

W.B. London, 9. Nov. Weiter meldet aus New York: Das Auffallendste bei den Wahlen ist die Niederlage von Hitchcock gewesen, des Wortführers Wilsons. Nach den letzten Meldungen hat Hobbs in Massachusetts die Führung, doch sind die für ihn abgegebenen Stimmen beträchtlich geringer als bei den vorigen Wahlen. Wie die Zusammensetzung des Kongresses sein wird, ist noch unsicher, da noch zahlreiche Ergebnisse fehlen.

### Neues vom Saee.

#### Neue Erhöhung der Buchdruckerlöhne.

Berlin, 8. Nov. Nachdem die Verhandlungen im Buchdrucker-Tarifauschuß zu keinem Ergebnis führten, hat ein auf Anrufung des Reichsarbeitsministeriums, die seitens beider Parteien erfolgte, eingesehtes Schiedsgericht einen Spruch gefällt, wonach der Lohn eines 24 Jahre alten Buchdruckerhelfers in Stuttgart für die Zeit vom 5. bis 18. Nov. eine Erhöhung von 2648,25 M. (gleich 55 Proz. des bisherigen Lohnes), und für die Zeit vom 19. Nov. bis 1. Dez. eine weitere Erhöhung von 722,25 M. (gleich 70 Proz.) erfährt. Die Arbeitgeber haben diesen Schiedsspruch abgelehnt. Auf Antrag der Arbeitnehmer ist der Schiedspruch gestern vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden.

#### Fransösisches über die deutsche Finanzlage.

Paris, 8. Nov. Poincaré hielt in der französischen Kammer eine Rede, in der er sich eingehend mit der deutschen Finanzlage beschäftigte und dabei betonte, daß Deutschland sofort für Bankrott erklärt werden müsse, um auf diese Weise die deutschen Finanzen der Gesundung entgegenzuführen. Deutschland befinde sich am Rande des Abgrundes. 5-6 Milliarden Goldmark müßten durch internationale Solidarität aufgebracht werden, um eine neue Saluta zu schaffen. Eine Vorbedingung für den Wiederauf-

bau sei die Festigung des Friedens und dies könne nur erzielt werden, wenn die Stabilität Frankreichs gewährleistet werde. Poincaré erklärte, daß dies nur in der Weise geschehen könne, daß dem Rheinland sein rheinischer Charakter wiedergegeben werde, wobei es sich aber um keine Annexion und keine politische und wirtschaftliche Kontrolle handle. Poincaré befürwortete eine Schutztruppe mit starkem französischem Einschlag und forderte, daß dieser Vertrag im Völkerverbund garantiert werde, der auch zusammen mit den in Frage kommenden Mächten die Kosten für die internationalen Truppen zu übernehmen habe.

#### Zus. Gutachten der Währungsachverständigen.

Berlin, 8. Nov. Der Hauptvorschlag der dem Reichsfinanzminister übergebenen Gutachten der ausländischen Sachverständigen Brand, Keynes-England, Jense-Amerika und Cassel-Schweden zielt auf eine Stabilisierung der Reichsmark auf einer Basis von 3000 bis 3500 M. für den Dollar hin. Nach dem Gutachten ist ohne eine Stabilisierung der Mark das gesamte deutsche Schulden-, Währungs- und Wirtschaftsproblem überhaupt nicht zu lösen. Der zweite Hauptpunkt des Gutachtens bezieht sich auf die Verwendung der Goldreserve der Reichsbank. Stabilisierungsmöglichkeiten durch Gold sollen sich nur auf Banknoten und zwar vor allem auf Markposten im Ausland erstrecken, aber nicht auf Schatzwechsel. Bei einer angenommenen Basis von 3000 bis 3500 M. für den Dollar würden weniger als die Hälfte der Reichsbankgoldreserven genügen. Als dritter Hauptpunkt fordert das Gutachten ein zweijähriges Moratorium mit Rücksichten für eine Verlängerung.

#### Ein amerikanisches Anleiheangebot.

Berlin, 8. Nov. Nach Eingang der Gutachten ist Mittwoch vormittag das Reichskabinett zusammengetreten, um die Vorbereitungen der deutschen Antwortnote an die Reparationskommission zu treffen. Die Opposition Savignols und Glasenapps gegen die Mitwirkung des Reichsbankgoldes ist der „A. J.“ zufolge endgültig fallen gelassen worden, allerdings nur unter den Voraussetzungen einer äußeren Goldanleihe.

Zu direktem Zusammenhang mit diesem Gutachten steht ein Anleiheangebot einer ausländischen Bankiergruppe, das der mitunterzeichneten Gutachter Brand vom Bankhaus Gebrüder Lazarus-London-Newyork der Reichsbank bekanntgegeben hat. Diese Goldanleihe wird ausdrücklich für die Markstabilisierung unter der Bedingung der Mitwirkung des Reichsbankgoldes angeboten.

#### Dr. Anillng bayerischer Ministerpräsident.

München, 8. Nov. Der Landtag nahm Mittwoch nachmittag die Wahl des neuen Ministerpräsidenten vor. Abgegeben wurden 143 Stimmzettel, 86 lauteten auf den Abgeordneten Dr. v. Knilling, 54 waren unbeschrieben, 3 Stimmen waren zerplittert und lauteten auf Dr. Heim, Dr. Zehbrecher und Pitter. Dr. von Knilling erklärte sich bereit, unter Zurückweisung seiner persönlichen Bedenken das von ihm nie erstrebte Amt des Ministerpräsidenten im Geiste vaterländischer Pflichtenübernahme zu übernehmen, indem er sich vorbehält, die Grundzüge nach denen er das Amt zu führen gedenkt, in der morgigen Sitzung im Anschluß an die Bekanntgabe der Ministerliste vorzutragen.

#### Eine Note Poincares.

Paris, 8. Nov. Nach Zeitungsmeldungen hat Poincaré dem englischen Botschafter in Paris am Montag eine Note über die Orientfrage und das Reparationsproblem überreicht. Poincaré schlägt Maßnahmen zur Schaffung von Produktionsländern in Deutschland vor.

#### Der Ernst der Ernährungslage.

Berlin, 8. Nov. In der Hauptversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats kam es zu einer lebhaften Aussprache über die ernste Ernährungslage. Besondere Aufmerksamkeit beanspruchten dabei die Ausführungen des Staatssekretärs Heinrich vom Ernährungsministerium, der die augenblickliche Situation folgendermaßen charakterisierte: Die Versorgung der Bevölkerung mit marktfreiem Brot zu freien Marktpreisen scheint augenblicklich noch einigermaßen dem Bedarf zu entsprechen, wenngleich auch hier Anlaß zu Besorgnissen gegeben ist. Bei der Versorgung mit Markenbrot ist darauf hinzuweisen, daß wir schon heute zu ihrer Aufrechterhaltung mehr Brotgetreide eingeführt haben, als im Vorjahr. Die Ursache dieser Erscheinung ist hauptsächlich darin zu suchen, daß von der Umlage, von der im Vorjahr bis Ende Oktober 1.14 Millionen Tonnen eingegangen waren, diesmal nur 400 000 Tonnen eincolliert wurden. Dieses Minus, das beinahe zwei Drittel ausmacht, kann nicht allein durch die schlechte Ernte erklärt werden, sondern vor allem auch durch die Schwierigkeiten der Untererteilung, die durch das frühe Herankommen des Getreides hervorgerufen wurden und auch heute noch nicht überwunden sind. Da die öffentliche Hand immer mindestens sechs Wochen vorher im Besitz der zur Verteilung notwendigen Mengen sein muß, so wird am Anfang des nächsten Jahres mit ersten Schwierigkeiten zu rechnen sein. Staatssekretär Heinrich richtete deshalb im Namen der Reichsregierung einen dringenden Appell an die Landwirtschaft, die Ablieferungen des Umlagegetreides so weit als irgend möglich zu beschleunigen.

#### Berliner Stimmungen.

Berlin, 8. Nov. Es scheint nunmehr festzustehen, daß die Reparationskommission erst Freitag Berlin verlassen wird. Doch wird die optimistische Auffassung über den weiteren Verlauf der Reparationsverhandlungen, die anscheinend an den Berliner amtlichen Stellen herrscht, in den Kreisen der Reparationskommission nicht geteilt. Man ist dort noch wie vor der Ansicht, daß die Reichsregierung von sich aus die Vorschläge hätte machen und nicht erst auf die Gutachten der Sachverständigen warten sollen.

„Morningpost“ meldet: Bradbury hat dem Ministerat einen Bericht aus Berlin zugehen lassen, der wenig Aussichten für eine Verständigung mit Deutschland offen läßt. Der Ministerat hat sich mit diesem Bericht befaßt und die gewünschten Weisungen an den britischen Vertreter ergehen lassen.

#### Zurückführung der Lage in Konstantinopel.

Konstantinopel, 8. Nov. Die Lage in Konstantinopel gibt sich immer mehr zu. Die alliierten Regierungen haben dem Vertreter Angoras bekannt, daß sie nicht gewillt seien, das bisherige Regime der alliierten Oberkommissare in Konstantinopel irgendeiner Abänderung. Die Kontrolle müsse sich auf alle öffentlichen und vollen Bureaus verwalten erstrecken. Da die Nationalisten bereits angefangen hatten, die türkische Verwaltung in Konstantinopel einzurichten, wurde Hamid bei vor der alliierten Generäle zitiert, die ihm erklärten, daß sie bis zur Ratifizierung des Friedensvertrags keine Abänderung des bestehenden politischen Status dulden.

In Konstantinopel stud, wie der „Pettit Parisien“ erfährt, die widersprechendsten Gerüchte über den Sultan im Umlauf. Inmitten der allgemeinen Spannung vor Bevölkerung wird erzählt, daß der Sultan gerächt worden sei, und wieder, daß man ihn an dem Versuch zu stehen, verhindert habe. In Wahrheit befindet er sich unter englischer Schutz an Bord eines englischen Kriegsschiffes im Bosporus.

### Esselrecht.

Gerecht ist die Entschiedenheit allein,  
Der tiefsten Ueberzeugung Sicherheit,  
Doch nur die Milde kann entschieden sein,  
Denn sie nur hat die volle Kraft, den Streit  
Des Juremens und der Wörscheit zu entscheiden,  
Weil sie im Kampf geworden mit den beiden.  
J. Hammer.

## Rheinlandstochter.

Roman von Clara Viebig.

(69)

(Nachdruck verboten.)

Kelba stand in der Küche, lehnte den Kopf an die Scheiben und schaute in den engen Hof hinauf. Kein Strahl von Sonne fiel zwischen die vier hohen Mauern, selbst hier oben, drei Treppen, blinzelte sie kaum auf Fensterbrett. Kelba lächelte. Sie hätte nie geglaubt, daß sie's so haben würde, jetzt nach lang, lang Jahren, in gänzlich veränderten Verhältnissen. Und doch! Wenn sie darüber nachdachte, sie konnte sich eigentlich kaum mehr sein Gesicht vorstellen — waren seine Augen braun oder blau gewesen? — Und doch genigte der Name, ihr das Blut aus den Wangen zu jagen und ihr Herz still stehen zu lassen. Der Name war da und mit einem Schlag auch die ganze Vergangenheit. — — — Wo war sie? Sie ging über die Schiffsbrücke in südmittler Nacht, oben auf dem Ehrenkreuzstein fladerte ein einfarbiges Licht, wie ein Stern. Sechs Jahre waren seitdem verfloßen, aber sie fühlte noch den Windhauch, sie hörte seine Stimme zwischen dem Wellenrauschen: „Lodi! Sie's nicht, da hinab zu springen, ich treiben zu lassen, Gott weiß wohin!“ — — — „Ich bin auch hinabgesprungen“, murmelte sie, „ich habe die Augen zugepreßt, die Hände zu Fäusten geballt. Ich treibe noch immer, ich hab noch nicht wieder Land gefunden. — Land, Land!“ Sie erschrak fast über die eigene Stimme, sie hatte lauter gesprochen, als sie gewollt, es klang wie ein Ruf.

Die Tür des Berliner Zimmers klappte, Frau Käthe steckte den Kopf mit den liegenden Haubensändern und dem abgehängten Rock auf dem Boden zur Küche herein. „Kies einer? Was, Kelba, du bist noch hier? Erst bist du so eilig, jetzt nicht Rede und Antwort, nur weg, und jetzt dreht du dich noch hier herum? Ich will dir mal was sagen“ — sie kam vollends herein und zog die Tür hinter sich zu — „du warst wieder gräßlich unfreundlich, ich habe mich ordentlich gekümmert. Der gute Schmolke! Auf die Art wirst du dich nie versorgen, da bekomme ich, weiß Gott, noch eher einen Mann, ich mit meinen Zweihundfünfzig, ja!“ Sie nickte triumphierend, die fertigte Schleife von halbseitigem Bang oben auf ihrer Haube madelte.

„Ich will auch gar keinen“, sagte die Tochter und sah die Mutter mit starren Augen an.

„Aber was denn?“ Die Tochter schüttelte den Kopf und die Haubensänder wurden zurückgeworfen. Da häuteten wir doch auch in Koblenz bleiben können, da hätte ich mich nicht herzuschleppen brauchen in die wildfremde Stadt. Bei dem Klaviersticken und der Singerei ist doch nichts Ertrags herausgekommen! Nun muß ich mich plagen mit der Pension und den fremden Leuten; man zittert immer, hat man die Stuben besetzt oder nicht. Schrecklich! Sage bloß, was willst du denn hier?“

Mit einem trostlosen Blick sah die Tochter um sich — ja, was wollte sie eigentlich hier? „Ich wollte frei sein“, sagte sie unbestimmt und dabei blieb ihr Blick an den Wänden der kleinen Küche haften; er flehte sich ordentlich fest an den porzellanenen Tischchen, die in Reih und Glied auf dem Herdstein standen. Die Pechböden schwelken, es zog, nach gewärmtem Kaffee. Sommers und Winters fand da der Topf mit heißem Wasser auf der Herddecke, darin briegelte die Porzellananne mit der angeknüpften Schnauze — wer konnte immer für jeden Nachzügler frischen Kaffee machen!

„Nun gib doch Antwort, sieh nicht so stockstumm um dich! Ach, ach, was wartst du früher für ein liebes, gutes Kind — und jetzt immer so verbissen!“ Was haben wir doch für angenehme Zeiten zu Haus in Koblenz erlebt! Wenn ich noch an die Kaffeetische und die Bälle denke! Aber du hast alles von dir geworfen, ohne Rücksicht, ohne Bedacht! Rede doch wenigstens; immer dies verbissene Wesen ist zu ataklich!“

„Was soll ich sagen, Mama? Du würdest mich doch nicht verstehen. Ich habe es mir anders gedacht.“ Kelbas Stimme klang müde. „Es tut mir leid, wenn dir die Pension zu viel wird; wir hatten uns ja eine ganz kleine Wohnung nehmen, zwei Stuben und Küche, es gibt nette Gartenwohnungen. Dann könnten wir allein für uns leben. Hier von den Vorderstuben hast du ja doch nichts.“

„Was — was — nein, was für eine Idee!“ Die Käthe war geradezu außer sich, sie schnappte nach Luft. „Das mußt du mir zu? Ich soll auf dem Hof sitzen, nichts sehen als Dachrinnen oder Müllsäfen. Ja, solche Gartenwohnungen kennt man! Keine Seele haben, mit der man mal spricht, immer allein hocken! Warum bin ich denn nach Berlin gezogen? Gerade weil ich gern unter Menschen wollte! Jetzt kann ich mich doch unterhalten, so viel ich will! Und mit den Vorderstuben, das ist auch nicht wahr; wenn Schmolke weg ist, kann ich ganze Stunden drin sitzen, ich hab' sie doch! Gartenwohnung! Und das mußt mir die eigene Tochter zu? Wenn ich nur schon an Schmolke denke, der sich so bei uns eingeböhrt hat — der gute Schmolke!“

Jetzt fuhr Kelba auf, es ging ihr wie ein Stich durchs Herz. Das war derselbe Tonfall, mit dem die Mutter zu sagen pflegte: „Der gute Dalkmer.“

„Sag das nicht, ich kann's nicht hören, ich“ — der Fuß suchte ihr, um bestig aufzuspringen, plötzlich sagte sie, es ging wie ein Kampf über ihr Gesicht. „Lieber Mama, sag nicht, der gute Schmolke!“ Ihre Stimme klang völlig verändert, es lag eine rührende Bitte darin.

„Was, ich soll nicht sagen, der gute Schmolke?“ Und ist er etwa nicht gut? Mein ganzes Leben lang bin ich von euch unterdrückt und beiseite geschoben worden — ja, von dir und dem Papa! — miß mir das jetzt nicht wohl tun, wenn mich einer hochhält und beachtet? Ich hab's ja immer gesagt, nie habe ich ausreden dürfen, und jetzt“ — sie zog das Taschentuch und drückte ihr Gesicht hinein. „Ich habe ein zu schweres Leben gehabt. Du bist ein unglückliches Kind, geh nur!“ Sie schluchzte; plötzlich hob sie lauschend den Kopf.

#### Nachsetzung folgt.

Die forstliche Fachprüfung haben u. a. bestanden und sind zu Forstreferendaren bestellt worden: Georgii, Emil, von Calw und Wendel, Albert, von Freudenstadt.

Freudenstadt, 8. Nov. (Bevilligung für einen Sprunghügel. — Unglücksfall.) Der Gemeinderat genehmigte zur Errichtung eines Sprunghügels am Finckenberg beim Wärenschießplatz ein unverzinsliches Darlehen von 500 000 M. Der Schneeschieberverein will erforschen, den auf etwa 1 Million veranschlagten Sprunghügel zur Ausführung zu bringen. Der fehlende Betrag soll durch Sammlungen aufgebracht werden. Das nötige Holz gibt die Stadt kostenfrei ab. Die benötigte Walfische umficht etwa 13 Aa. Das Abholzen ist Sache der Stadtgemeinde. Das anfallende Holz gehört der Stadt.

Gestern abend ist der Rutscher Ludwig Heller im Poel zur Post dadurch verunglückt, daß er infolge Bremsens der Bremse bei der Fahrt durch ein Tor zwischen diesem und dem Wagen gedrückt wurde. Der Verunglückte erlitt eine schwere Quetschung des Brustkorbs.

L. C. Das Umlagefall. Die Reichsregierung hat über die Herabsetzung des Umlagefalls für Württemberg noch nicht entschieden. Man glaubt in maßgebenden württembergischen Kreisen aber, daß die Entscheidung in den nächsten Tagen fallen und daß sie den vorgebrachten Wünschen entsprechen wird. Diese Annahme erscheint umso mehr berechtigt, als das Umlagefall für Jahreszollern eine Ermäßigung von 1800 auf 1300 Doppelzentner erfahren hat.

Beschränkung der Zwangsvollstreckung in Nämungssachen. Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern sind die Oberämter ermächtigt worden, die Beschränkung der Zwangsvollstreckung aus Nämungssachen bei Unmöglichkeit sofortiger Beschaffung von Ersatzräumen aus be dingenden Gründen anzuordnen. Allgemein darf die Zwangsvollstreckung in Nämungssachen erst dann stattfinden, wenn der Gerichtsvollzieher dem zur Nämung Verpflichteten die Durchführung der Zwangsvollstreckung schriftlich angefragt hat und seitdem eine Woche abgelaufen ist. Es sei denn, daß inzwischen eine Befragung über Beschränkung der Zwangsvollstreckung in dem etwangs erhöhten Sinne ergangen ist. Die neue Verfügung tritt am 1. Dezember in Kraft.

Das Beschwerdeverfahren in Wohnungssachen. In einer Verfügung des Württ. Ministeriums des Innern ist hinsichtlich des Beschwerdeverfahrens in Wohnungssachen verfügt worden, daß je eine Gemeindebehörde für Verfügungen in Wohnungssachen, die unter Rechtsmittelschutz schriftlich anzufordern oder zu Protokoll zu erfassen sind, dem Betroffenen einmalige Beschwerde an die bei jedem Oberamt zu errichtende Beschwerdebefähigte zusteht. Die Beschwerde ist schriftlich binnen einer Woche bei der Gemeindebehörde oder beim Oberamt einzureichen. Ueber Beschwerden gegen die Höhe der Entschädigung für beschlagnahmte Räume ist vor der Entscheidung das Miteinigungsamt zu hören. Gegen die Entscheidung der Beschwerdebefähigte findet weder eine weitere Verwaltungsbeschwerde noch die Rechtsbeschwerde statt. Die Beschwerdebefähigte besteht aus dem Oberamtsmann oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und je einem Hausbesitzer und einem Mieter als Beisitzern. Die Beisitzer werden von dem Bezirksrat auf die Dauer eines Jahres gewählt. Für die Teilnahme an den Sitzungen erhalten sie eine Entschädigung nach den für die Bezirksratsmitglieder geltenden Vorschriften. Als Sachverständiger ist regelmäßig der oberamtliche Techniker zu den Sitzungen der Beschwerdebefähigte mit beratender Stimme beizuziehen. Die neue Verfügung tritt mit dem 1. Dezember in Kraft. Die Wahl der Beisitzer ist alsobald vorzunehmen.

Auszeichnung forstwirtschaftlicher Arbeiter. Von der württ. Landwirtschaftskammer werden forstwirtschaftliche Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber mindestens 25 Jahre und in den letzten 5 Jahren mindestens 100 Tage im Jahr tätig waren, ausgezeichnet. Der Antrag stellende Arbeitgeber hat sich zur Bezahlung eines angemessenen Geldpreises zu verpflichten. Die württ. Landwirtschaftskammer stellt die Ehrenurkunde aus, die von ihr und dem Arbeitgeber unterzeichnet wird.

Eine Beschwerde an den Staatsgerichtshof. Von dem Landgericht Ulm ist die Beschwerde gegen die von dem Landgericht Ulm erlassene Verfügung über die Aufhebung der Verbot des Bekleidens der Arbeiter mit Pelz- und Fuchshaut im Sinne des § 114 Abs. 1 S. 1 des Reichsgesetzes über die Gleichbehandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Bekleidung, die der Reichsgerichtshof zum Schutze der Republik erlassen hat, nach dem das Ministerium des Innern es abgelehnt hat, von sich aus das Verbot aufzuheben.

Stuttgart, 8. Nov. (Das württembergische Schulmuseum.) Vor 12 Jahren gründete man ein württembergisches Schulmuseum, das zunächst den Zweck hatte, den Lehrern und Aufsichtsbehörden der Volkshochschulen antugend und beratend beim Kauf von Lehrmitteln zur Seite zu stehen. Mit der Neueröffnung des Museums am 1. Juni 1919 im Neuen Schloss wurde der Aufgabekreis auch auf die höheren Schulen bis zur Universität erweitert. Es wurden namentlich auch die Neueröffnungen für die Grundschule mit aufgenommen und eine Art von Vermittlungsstelle für alle Lehrmittel geschaffen. Das gesammelte Anschaffungsmaterial umfaßt um Erdgeschloß zwei Zimmer, die vornehmlich die Neueröffnungen für die Grundschule enthalten, ferner solche für Erdkunde, Biologie, Chemie und Physik; auch sind für Landfakten und wertvolle Kleinfakten zu sehen. Erwähnenswert ist auch die einzigartige Rutschbahn-

lung vom Dr. Geor-Gaustott. Im ersten Stock befindet sich eine sehr reichhaltige Bäckerei, Gläser Stoffsammlung für Pelze und Federn und Materialien für Technologie und die geologischen und mineralischen Sammlungen. Im zweiten Stock begegnet man Rechenmaschinen und Anschauungstafeln für Geschichte, Erdkunde usw. Den Schluß des Museums machen Tafeln und Präparate aus, die der Ernährungswirtschaft, der Hygiene und dem Säuglingswesen gewidmet sind. In den Aufgaben des Museums gehört es auch, verdienten Männern Württembergs, die sich auf dem Gebiete der Forschungswissenschaft hervorgetan haben, noch mehr als bisher zur Anerkennung zu verhelfen. Das wird allerdings erst dann ganz möglich sein, wenn die Landesanstalt für Erziehung und Unterricht, wie das Schulmuseum nun genannt werden soll, weitläufigere Räume besitzt.

Stuttgart, 8. Nov. (Der Segelflug in Württemberg.) Kürzlich fand im württ. Arbeitsministerium eine Besprechung über die Pflege des Segelflugportes in Württemberg statt, bei der auch der Leiter des Flugwesens im Reich, Ministerialdirektor von Dredow-Berlin, Vertreter der Technischen Hochschule und des flugtechnischen Vereins Stuttgart, sowie des württ. Arbeitsministeriums zugegen waren. Der Plan, bei Breitflügeln auf der Münchinger Alb Flugversuche zu unternehmen, fand allgemeine Zustimmung. Bereits in 14 Tagen wird mit den Flügen begonnen werden können.

Streif. Beim Neubau des städt. Elektrizitätswerks in R. A. haben heute die Zimmerer wegen Differenzen mit der Bauleitung die Arbeit niedergelegt.

Fleischpreiserhöhung. Die Stuttgarter Fleischerzunft gibt folgende Preiserhöhungen der Lebensmittelpreise bekannt: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 230 M., Rindfleisch 2. Güte 185—195 M., Rindfleisch 1. Güte 152—182 M., 2. Güte 130—140 M., Kalbfleisch 265—275 M., Schweinefleisch unverändert 520 M., Hammelfleisch 206—210 M.

Sindelfingen, 8. Nov. (Verhaftete Diebe.) Grobes Aufsehen erregt die Verhaftung zweier raffinierter Einbrecher durch die Kriminalpolizei, des Fabrikarbeiters und Schuldners Ernst Sigmund und des ledigen Arbeiters Köhlmann. Die beiden hatten voriges Jahr aus der Schulfabrik H. Dinkelader, wo sie beschäftigt waren, 100 Paar Stiefel, Schuhe, Leder usw. gestohlen und erst jetzt einer Kölner Firma zum Kauf angeboten. Diese hatte Anzeige erstattet. Das Diebesgut wurde bei Sigmund aufgefunden und stellt heute einen hohen Wert dar. Gleichzeitig wurde ein vor 3 Wochen einem hiesigen Schreinermeister gestohlenes Fahrrad aufgefunden.

Tübingen, 8. Nov. (80 Jahre.) Der bekannte Universitätsmechaniker Dr. h. c. Eugen Albrecht, der sich durch seine Erfindungen und durch sein rastloses Streben allgemein anerkannte Verdienste um die Wissenschaft erworben hat, konnte gestern seinen 80. Geburtstag feiern.

Mergentheim, 8. Nov. (Besuch.) König Ferdinand von Bulgarien stattete der Kuranstalt Hohenlohe, in der er schon mehrmals längerer Aufenthalt genommen hat, in Begleitung des Fürsten von Langenburg einen Besuch ab. König Ferdinand weist zur Zeit als Gast des Fürsten in Weikersheim.

Geraabronn, 8. Nov. (Molkereischule.) Vom 8. Januar 1923 an wird an der Molkereischule in Geraabronn ein 4wöchiger Unterricht über Molkereivollen für Molkereibehälter. Am 11. Dez. 1922 beginnt an der Molkereischule ein 6tägiger Lehrcurs für Frauen und Mädchen.

Der Justizetat im Finanzausschuss.

Stuttgart, 8. Nov. Der Finanzausschuss des Landtags verhandelte in den letzten Tagen über den Justizetat, wobei über das Organisationswesen und über die Entlassung von Rechtsanwälten in den Staatsdienst gesprochen wurde. In letzterem Punkt fand ein Antrag Seiner Annahme, daß Anwälte im Alter über 35 Jahre in geeigneten Fällen im Staatsdienst Aufnahme finden sollen. Auch die Frage einer anderen Einteilung des Landgerichtspräsidenten Kattwil kam zur Sprache. Der Justizminister legte dem Justizrat die Sache dar. Man sehe mit der preussischen Justizverwaltung vor der Annahme, daß der Amtspräsident Kattwil dem Landgerichtspräsidenten unterstellt werde, das hohenzollerische Land aber in zwei Landgerichtsbezirke Stuttgart unterteilt werde. Ein Redner des Zentrums und ein Redner der Deutschen Volkpartei machten gegen diesen Plan Vorwürfe. Ein Redner der Sozialdemokratie war mit demselben einverstanden. Die Entscheidung hat der Landtag zu treffen, dem nach Vollzug der Abmachung ein Gesetzesentwurf vorgelegt werde. Außerdem wurden die Entschädigungssätze für Lehrlinge der Rotare besprochen. Eine weitere Erhöhung ist in Aussicht gestellt. Ein Antrag Taxis, wodurch die Entschädigung der Gemeinden für die Bereitstellung von Lokalen für die Vormundschafts- und Nachlassgerichte und Grundbuchämter mit Wirkung für das Rechnungsjahr 1922 für Gemeinden ohne Antritt eines Notars auf 10 Pennig pro Kops der Bevölkerung nebst 400 Prozent Steuerzuschlag erhöht wird, wurde angenommen. Das Jahresgehalt des Richters usw. wurde mit 11 Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen. Aus diesem Anlaß wurde die Frage der Abschaffung der Todesstrafe von Seiten eines Redners der Sozialdemokratie besprochen, wogegen von Seiten des Ministers und Rednern mehrerer Parteien die Notwendigkeit der Beibehaltung gerade in der jetzigen Zeit betont wurde.

Der Kirchenausschuss des Landtags wird am 15. November mit der Beratung des Gesetzes über die Kirchen beginnen.

Buntes Allerlei.

Warnung vor einer Schwindfirma. Die Württ. Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Versicherung hat die ihr untergeordneten Stellen auf eine Schwindfirma aufmerksam gemacht, die zur Zeit durch einen Reisenden Photovergrößerungen anbietet und sich in der üblichen Weise auf erteilte Aufträge werden von der Firma — sie heißt E. F. C. Mohr in Bremen — so schlecht ausgeführt, daß sie meist gänzlich undbrauchbar sind. Ein zweiter Reisender der die Vergrößerungen vorlegt, sucht dann den Kunden zur Befestigung einer Ausmalung oder eines Namens zu überreden.

Zwei Dampfer überfällig. Die Hamburger Dampfer „Hermann Sauber“ (4000 Br.-R.T.) und „Herbert Sauber“ (etwa 1500 T.), mit Kohle von England nach Hamburg bestimmt, sind beide überfällig. „Hermann Sauber“ ist am Montag nacht, „Herbert Sauber“ Mittwoch nacht nach Hamburg abgegangen. Bis jetzt fehlt jede Nachricht. Es wird vermutet, daß beide mit ihren je 29 Mann starken Besatzungen im Sturm untergegangen sind.

Der deutsche Botschafter in Moskau. Graf Brockdorff-Rongon hat am 6. Nov. bei seinem feierlichen Antrittsbefuch sein Beglaubigungsschreiben dem Präsidenten des Zentralratskomitees, Kallinin, überreicht. Dabei hielt der deutsche Botschafter eine Ansprache, in der er den Vertrag von Rapallo als den Beginn einer neuen deutsch-russischen Zusammenarbeit feierte. In seiner Antwort kam Kallinin ebenfalls auf den Rapallovertrag zu sprechen, der als ein Zeichen uneigennütigen gegenseitigen Vertrauens das tiefe und die Grundlage für wahrhaft freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern zu bilden geeignet sei.

Unterzeichnung des deutsch-belgischen Grenzvertrages. In Aachen hat die Unterzeichnung der von der Grenzkommission festgesetzten Grenzbestimmungen und Grenzverträge durch die Bevollmächtigten beider Regierungen stattgefunden. Damit gelten die deutsch-belgischen Grenzverhandlungen als abgeschlossen.

Für 25 Millionen M. Getreide verbrannt. Vermutlich infolge Brandstiftung brannte, wie aus Leipzig berichtet wird, eine mit Getreide gefüllte Scheune des Ritterguts Möditz bei Wurzen nieder. Die Scheune barg die Ernte von über 110 Aedern. Der Schaden wird auf 25 Millionen geschätzt.

Gandel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Mittwoch in Frankfurt 3226,85 G., 3273,85 Br., in Berlin 9127,12 G. und 9172,88 Br.

1 Schweizer Franken = 1675,80 G., 1684,20 Br.  
1 französischer Franken = 571,05 G., 548,90 Br.  
1 belgischer Franken = 501,10 G., 548,90 Br.  
1 italienischer Lira = 387 G., 389 Br.  
1 holl. Gulden = 3610,95 G., 3629,05 Br.  
1 spanischer Pesaeta = 1386,50 G., 1398,50 Br.  
100 österreicherische Kronen = 12,47 G., 12,58 Br.  
1 österreicherische Krone = 296,25 G., 297,75 Br.  
1 schwedische Krone = 2473,80 G., 2486,20 Br.  
1 engl. Pfd. Sterling = 40398 G., 40601 Br.

Index zur Weinverbesserung. Nach einer Mitteilung des Reichsernährungsministeriums werden voraussichtlich zunächst 40 000 Doppelztr. Index zur Hausbrennereibereitung und Verbesserung des Rotmoskes bereit gestellt werden, später aber noch weitere 120 000 Tztr. zur Verbesserung des Weißmoskes und Weißweines. Als voraussetzlicher Preis werden in dem amtlichen Schreiben 60 bis 70 M. pro Pfd. genannt.

Stuttgarter Börse, 8. Nov. Die Grundtendenzen der Mittwoch-Börse war durchaus fest, die Kursentwicklung nicht ganz einheitlich. Der Freibriefverkehr war lebhaft, doch waren auch hier neben weiteren Kurssteigerungen auch Abschwäche zu bemerken. Im offiziellen Verkehr waren Bankaktien außerordentlich fest. Bankanstalt + 350, Vereinsbank + 300, Spinnereien fest Kammgarn + 100, Kolb und Schale + 150, Persee + 700, Kottner + 100, Filz + 900, Kattun + 800, Brauereien sehr gefragt, Kettenmeyer + 100, Württ. Hohenloher + 260, Wulle + 200. Der Maschinen- und Metallmarkt war außerordentlich fest. Daimler + 100, Göttinger Maschinen + 175, Redar-folmer + 90, Feinmechanik 50, Desser Maschinen — 350, Weingarten — 300. Von den übrigen Werten gewannen Anilin 600, Zement Heidelberg 1000, Deutsche Verlag 400, dagegen verloren Salt Wachenheim 25, Salzwerk Heilbronn 400, Stuttgarter Mähermühle 40, Stuttgarter Index 20 Punkte. Im Freibriefverkehr: Calwer Decken 3200, Göttinger Zerkot 300—380, junge 300—380, Nittelgold 590—700, Geisinger Maschinen 650—720, junge 635—650, Germania Linoleum 7000 bis 7500, Heilbronner Index 5200—5250, Wöfvinger Zement 330—352, Kaiser Otto 1950—1700, Anore 2700 bis 2750, Lauffener Zement 2600—2350, junge 2000 bis 1650, Magirus 1600—1400, junge 1100—1175, Obertagwerke 2300, junge 2150, Siegerauto 570—520. Die Stuttgarter Börse bleibt sowohl im offiziellen wie im freien Verkehr am Donnerstag geschlossen.

Offenhause, 8. Nov. Das Landgericht brachte 4 Ältere und 2 dreijährige Stuten, 1-jährige Stutfohlen und einen 2-jährigen Wallach im öffentlichen Aufsteig zum Verkauf. Der Verkauf war wieder sehr gut besucht. Es wurden für die Stuten 120—835 000, für die Stutfohlen 201—551 000 und für den Wallach 287 000 M. erzielt.

Ludwigsburg, 7. Nov. Dem Schweinemarkt waren 4 Käufer und 12 Milchschweine angeführt. Verkauf 2 bzw. 78 Stüd. Preis für 1 Käuferfahwein 28—31 000, für 1 Milchschwein 8—14 500 M.

Allgäuer Butter- und Käsemarkt, 8. Nov. Die für die letzte Woche errechneten Durchschnittspreise stellen sich für Butter auf 549,81 (Voro. 464,30) M. Umlage: 75 202 (73 331) Pfd.; für Weichkäse mit 30 Proz. Fettgehalt auf 230,57 (210,02) M., Umlage: 466 843 (559 738) Pfd.; für Allgäuer Rundkäse auf 354,33 (326,93) M., Umlage: 296 870 (257 627) Pfd. Marktlage: Warenknappheit und Dollarkausse verursachen bärnische Nachfrage.

### Letzte Nachrichten.

Die neue Note an die Reparationskommission überreicht.  
 WTB. Berlin, 9. Nov. Das Reichskabinett hat, den Blättern zufolge, gestern Nachmittag die neue Note an die Reparationskommission mit den von der Kommission erbetenen präzisen Vorschlägen fertiggestellt und die Note noch gestern Abend überreicht. Der Inhalt der neuen deutschen Vorschläge ist, wie die Blätter schreiben, wesentlich beeinflusst durch das Gutachten der internationalen Finanzsachverständigen. Die Reparationskommission wird sich heute Vormittag mit der deutschen Antwort beschäftigen und am Nachmittag wird eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der deutschen Regierung und der Mitglieder der Reparationskommission stattfinden. Die Kommission wird am Freitag ihre Rückreise nach Paris antreten.

Heute Vormittag werden die Parteiführer vom Reichskanzler über den Inhalt der deutschen Antwort unterrichtet werden. In dieser Sitzung der Parteiführer soll laut „Vorwärts“ auch über die Einberufung des Reichstags endgültig Bescheid gefasst werden.

**Wenn ist's endlich genug?**  
 WTB. Berlin, 9. Nov. Blättermeldungen aus Frankfurt/Main zufolge hat der franz. Oberkomm. anberuhende der

Rheinarmee angeordnet, daß in unmittelbarer Nähe von Sprey bei dem Dorfe Dabenhofen ein neuer Bombenabwurfplatz errichtet werden müsse. Hierzu müssen ganze Wälder umgelegt und viele Morgen besten Ackerbodens, der kleinen Landwirten gehört, verwendet werden. Die Kosten der Errichtung des Übungsplatzes muß das deutsch. Reich tragen.

**Lebensmittelammelbescheine.**  
 WTB. Berlin, 8. Nov. Zur Überlegung der durch die Aufhebung der Rifebrotmarken entstandenen Härten ist wieder die Ausstellung von Lebensmittelammelbescheinen im Reiseverkehr bei Reisen von länger als vierwöchiger Dauer zugelassen.

**Ein außerordentliche Tagung des amerik. Kongresses.**  
 WTB. Paris, 8. Nov. Nach einer Havakmeldung aus Washington hat das Weiße Haus gestern offiziell bekanntgegeben, daß Harding eine außerordentliche Tagung des Kongresses auf den 20. Nov. einberufen werde.

**Aus Sachfen.**  
 WTB. Berlin, 9. Nov. Am 1. November, dem katholischen Feiertag Allerheiligen, hatten die katholischen Eltern in Sachfen entgegen einer Verordnung des Justizministers Fleißner ihre Kinder nicht zur Schule geschickt. Das bischöf-

liche Ordinariat hatte die katholischen Eltern dazu aufgefordert. Wie die Blätter melden, läßt nun der Justizminister mitteilen, daß er gegen das bischöfliche Ordinariat und gegen die Eltern ein Strafverfahren wegen offener Gefehwidrigkeit einleiten werde.

**Ebenfalls in den Hungerstreik getreten.**  
 WTB. London, 8. Nov. Die Schwester des feierlich dem Hungerstreik erlegenen Bürgermeisters von Cort, Miss Mary MacSwain, deren Verhaftung gemeldet worden ist, ist nach dem Vorbild ihres Bruders ebenfalls in den Hungerstreik getreten.

**Entwaffliches Wetter.**  
 Nachdem die Stürmung im Westen über Skandinavien abgezogen ist, steht bei mäßig starken südwestlichen Winden für Freitag und Samstag zeitweilig aufheiterendes, mildes Wetter ohne ernstliche Niederschläge in Aussicht.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.  
 Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Zauf.

### Unsere Zeitung bestellen!

### Allgemeine Bekanntmachungen.

**Regierung für den Schwarzwalddreis.**  
 Von Angehörigen des Schuhmacherhandwerks im Oberamtsbezirk Nagold ist der Antrag gestellt worden, für das Schuhmacherhandwerk im Oberamtsbezirk Nagold eine Zwangsinnung zu errichten.  
 Dieser Antrag wird zur Abstimmung zugelassen und als Kommissar zur Ermittlung der Mehrheit der beteiligten Handwerker (§ 100 Abs. 1, Ziff. 1, Gew.-O.)  
 Obersekretär Seif  
 bezw. dessen Nachfolger bei dem Oberamt Nagold bestellt.  
 Neutlingen, den 25. Oktober 1922.  
 geg. R. del.

Unter Bezugnahme auf obige Verfügung mache ich bekannt, daß die Kaufverträge für oder gegen die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk im Oberamtsbezirk Nagold schriftlich bis zum 18. November d. J. oder mündlich in der Zeit vom 10. bis 18. November d. J. bei mir abzugeben sind.  
 Die Abgabe der mündlichen Kaufverträge kann während des angegebenen Zeitraums an jedem Werktag vorm. von 8-12 Uhr und nachm. von 2-1/2 Uhr in den Diensträumen des Oberamts Nagold, Zimmer Nr. 32, erfolgen.  
 Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche im Oberamtsbezirk Nagold das Schuhmacherhandwerk betreiben, zur Abgabe ihrer Kaufverträge mit dem Bemerkten auf, daß nur solche Erklärungen, welche erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangsinnung zustimmt oder nicht, gültig sind und daß Kaufverträge, welche nach Ablauf des obigen Zeitraums eingehen, unberücksichtigt bleiben.  
 Nagold, den 7. November 1922.  
 Der Kommissar:  
 Oberamtsassistent geg. Moll.  
 Die Herren Ortsvorsteher

wollen vorstehende Bekanntmachung umgehend in ordentlicher Weise zur Kenntnis der beteiligten Handwerker bringen.  
 Nagold, den 7. November 1922. Oberamt: Müng.

**Bewerbungen um das Ehrenzeichen für weibliche Diensthboten**  
 für 10, 25 und 50 jährige Dienstzeit wollen bis spätestens 15. Nov. d. J. bei dem Unterzeichneten angebracht werden. Näheres siehe Staatsanzeiger Nr. 242 letzte Seite und Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit Nr. 19 und 20.  
 Nagold, den 8. Nov. 1922. Oberamt: Müng.

**Viehhandels- und Metzgerauffasscheine.**  
 Da die Gültigkeit der Viehhandels- und Metzgerauffasscheine mit dem Ablauf des Kalenderjahres erlischt und mit einer Verlängerung ihrer Gültigkeitsdauer nicht gerechnet werden kann, werden die Metzger und Viehhändler aufgefordert, ihre Gesuche um Wiedergulassung alsbald bei dem (Stadt-)Schultheißenamt des Ortes ihres Gewerbebetriebs auf dem üblichen Bordruck einzureichen. Mit Rücksicht darauf, daß die allgemeine Lage eine weitere Einschränkung der Händlerzahl zur zwingenden Notwendigkeit macht, empfiehlt es sich dringend, nur in ganz besonders gelagerten Ausnahmefällen mit Neuansuchen an die Behörden heranzutreten.  
 Bemerklich wird, daß der Händler durch die Lösung eines Viehhandels- oder Metzgerauffasscheins zu veranlassen, nicht befreit wird. — Gesuche, die nicht spätestens bis zum 20. November d. J. beim Oberamt eingehen, haben keine Aussicht auf rechtzeitige Erledigung.  
 Nagold, den 8. November 1922. Oberamt: Müng.



### Waschen

Sie nur mit Schneekönig es ist das beste Seifenpulver.

Ich habe die Verschindlung (Lieferung und Anschlagen) von 160 qm an meinem Neubau zu vergeben.  
 Angebote mit festem Preis wollen bis spätestens Sonntag, den 12. d. M. bei mir eingereicht werden.  
 Der Zuschlag erfolgt noch an demselben Tage. Die Arbeit ist sofort zu beginnen.  
 Stenerinspektor Räckle  
 Altensteig.

**Aktien-Gesellschaft der Textilbranche** sucht geeignete Damen oder Herren als Detailreisende gegen hohe Provision. Sicherheitsleistung für Mutterkollektion bedingungslos. Off. unt. S. G. 500 an „Invalidentent“, Anstalt Expedition, Berlin W. 9 erh.

**Altensteig-Dorf.**  
 Verkauf eine Nähmaschine gebraucht  
 H. Luz.  
**Motoren-Reparaturen**  
 werden so nun und sich an Ort und Stelle ausgeführt.  
 Der Obige.

**LEMEN**

**AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN**

Reisegepäck-Versicherung  
 Nähere Auskunft durch  
**NORDDDEUTSCHER LLOYD**  
 BREMEN  
 und seine Vertretungen in Nagold: Berg & Schmidt, Marktstr. 10  
 in Pfalzgrafenweiler: E. F. Isenhardt  
 Einzelabtlg. 24  
 in Stuttgart: Passagierbüro Rembe  
 Expeditionsamt des Nordd. Lloyd, Hauptstr. 13

Einen gebrauchten Kindersportwagen hat zu verkaufen, wer? — sagt die Geschäftsstelle b. Bl.  
**Schneekönig.**  
 Stuttgart: Sanitätsrat Dr. Oskar Götner, 64 J.  
 Stuttgart: Restaurateur Rudolf Koppenhöfer sen., 78 J.  
 Kirchheim u. L.: Missionar a. D. Christian Barth.

**Mist**  
 hat zu verkaufen oder gegen Geld anzukaufen.  
**Veeh & Ziegler**  
 B. Schneiders Nachfolger  
 Telefon No. 9  
 Ein junger, eh. Lehrer, fleißig

**Knecht**  
 für Landwirtschaft bei guter Bezahlung, welcher auf Jahresstelle residiert, kann bei Weihearbeiten eintreten.  
 Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.  
 Nagold und Ehausen.  
**Krankenartikel**  
 3. Kinder- u. Wundenheilmittel, Gummieinlagen, Bruchbänder, Krankenweine, Champagner, Cognak  
 empfiehlt in reicher Auswahl  
**Löwendrogerie Gbr. Benz**  
 Hauptgesch.: Filialdrogerie: Nagold. Ehausen.  
 Ann.: Schriftl. Bestellungen werden billigst, bei größeren Aufträgen franco auszuführen.  
**Epelberg.**  
 Ein Boot schön, zweijährig

**Stiere**  
 verkauft  
 Ganfer, Ziegelhütte.  
**Gebet- und Predigtbücher**  
 sind zu haben in der  
**W. Rieker'schen Buchhandlung.**

Stadtgemeinde Altensteig.  
**Vergabung von Hochbauarbeiten für die Wallerkraftanlage**  
 nach dem Preislistenverfahren auf Grund der im Gewerbeblatt v. 18. 3. 1922 u. 12. 5. 1921 veröffentlichten Bestimmungen.  
 Die Arbeiten umfassen:  
 Beton- u. Mauerarbeiten, Zimmer, Treppen, Schmied, Flieser- u. Dachdeckerarbeiten, Bodenbeläge und Wandbekleidungen.  
 Die Verdingungsunterlagen liegen bei der unterzeichneten Stelle vom 10. bis 17. November zur Einsichtnahme während der Dienststunden auf. Im Verdingungsanschlag, der von der genannten Stelle zu beziehen ist, sind die Einzelpreise einzusehen und der Gesamtpreis zu berechnen.  
 Angebote mit der Aufschrift „Neubau des Krafthauses“ sind vorzuschließen spätestens bis  
**18. November, 10 Uhr vormittags**  
 beim Stadtschultheißenamt einzureichen. Zur genannten Zeit findet daselbst die Öffnung der Angebote statt. Zuschlagsfrist 10 Tage.  
 Den 8. November 1922.  
 Stadtschultheißenamt: Weller.

Empfehle noch zu äußerst günstigen Preisen:  
**Kernseife Seifenpulver**  
**Schmierseife Soda**  
**Schwarzwald-Drogerie Altensteig** Tel. 41.  
 and Filiale Simmersfeld

**Die Freie Schreinerinnung Nagold**  
 hat in ihrer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung in Erwägung gezogen, was sie zu tun beabsichtigt, falls die Gemeinde fernerehin in ihrer ablehnenden Haltung in der **Verforgung des Holzes** im Schreinerhandwerk beharren sollten. Die Handwerker wollen das Holz nicht zu Vorzugspreisen, sondern nur die Gewähr für die Weiterführung ihres Betriebs und die Weiterbeschäftigung ihrer Arbeiter. In Erwägung gezogen wurde die Sperrung der Herstellung von Särgen für Private und Gemeinden, sowie sämtliche Schreinerarbeiten für Private, Gemeinden, Staat und Kommunen bei Aufsetzung einer Konventionstrafe von 10 000 Mark für sämtliche Mitglieder der Innung.

**Ein gewaltiger Unterschied**  
 ist es, wenn man etwas zu verkaufen hat, oder etwas kaufen will, ob man dafür einen Käufer, bezw. ein Angebot hat oder zehnt. Oft erfährt man erst hinterher, daß man ein Objekt viel besser hätte verkaufen können, oder daß man günstiger gekauft hätte, wenn man nicht gerade nur auf den einen Käufer oder Verkäufer angewiesen gewesen wäre. Es verlohnt sich deshalb immer, die Verkaufs- u. Kaufsmöglichkeiten durch eine Anzeige in der Zeitung zu erhöhen. Durch ihre weite Verbreitung eignet sich unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Cannen“ dazu vorzüglich, denn Inserate in derselben sind nachweisbar von bestem Erfolg und lohnen sich reichlich!

